

ERIC HATTKE · MICHAEL KRASKE
(HRSG.)

DEMOKRATIE BRAUCHT RÜCKGRAT

Wie wir unsere
offene Gesellschaft verteidigen

Mit Beiträgen von:
Ines Geipel Hajo Funke
Lamya Kaddor Georg Restle
Marina Weisband u.v.m.

ullstein 

Eric Hattke · Michael Kraske (Hrsg.)
Demokratie braucht Rückgrat

Wie sichert ein politisches System sein Überleben? So altbekannt die Frage nach der richtigen Balance von Sicherheit, Stabilität und Freiheit sein mag, so unvermindert wichtig ist sie in Anbetracht heftiger werdender gesellschaftlicher Konflikte.

Verschiedene Autoren analysieren und positionieren sich zu gesellschaftsrelevanten Themen, geben Handlungsanweisungen und Ausblicke auf mögliche Lösungen. Mit Beiträgen von Eric Hattke, Karl-Siegbert Rehberg, Eckart Conze, Georg Restle, Ines Geipel, Hajo Funke, Peter Imbusch, Lamya Kaddor, Dirk Laabs, Ingke Goeckenjan, Karolin Schwarz, Paul Ziemiak, Sebastian Krumbiegel, Marina Weisband und Michael Kraske.

ERIC HATTKE, geboren 1991 in Hoyerswerda, ist Autor und Bürgerrechtler und lebt in Dresden. Er ist Geschäftsführer der Sächsischen Bibliotheksgesellschaft sowie von Besht – Zentrum für jüdisches Leben und Kultur. Außerdem ist er Vorsitzender des Dresdner Vereins Atticus, der sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzt. Hattke war eine der prominentesten Stimmen des bürgerlichen Widerstands gegen die Pegida-Bewegung in Dresden und setzt bis heute vielfältige Demokratieprojekte in Sachsen um.

MICHAEL KRASKE, geboren 1972 in Iserlohn, lebt und arbeitet als freier Journalist und Buchautor in Leipzig. Er recherchiert und publiziert zu gesellschaftlichen Radikalisierungsprozessen und Missständen in der Demokratie. Sein politisches Sachbuch *Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört* (Ullstein 2020) wurde mit dem Otto-Brenner-Preis Spezial für kritischen Journalismus ausgezeichnet. Als Journalist arbeitet er u. a. für *Spiegel Online*, *Die Zeit*, *Tagesspiegel*, MDR.

Eric Hattke, Michael Kraske (Hrsg.)

DEMOKRATIE BRAUCHT RÜCKGRAT

Wie wir unsere offene Gesellschaft verteidigen

Ullstein

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Klimaneutrales Produkt
- Papiere aus nachhaltiger
Waldwirtschaft und anderen
kontrollierten Quellen
- ullstein.de/nachhaltigkeit

Besuchen Sie uns im Internet:
www.ullstein.de



Originalausgabe im Ullstein Taschenbuch
1. Auflage September 2021

© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2021

Umschlaggestaltung und Titelabbildung: zero-media.net, München

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Gesetzt aus der Quadraat Pro

Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-548-06549-6

Inhalt

Grenzen sichern – warum Demokratien wehrhaft sein müssen	7
<i>Eric Hattke</i>	
Demokratie – eine gefährdete Errungenschaft?	22
<i>Karl-Siegbert Rehberg</i>	
Berlin ist nicht Weimar – was wir aus dem Scheitern der Weimarer Republik noch immer lernen können	36
<i>Eckart Conze</i>	
Angriff auf die Pressefreiheit	50
<i>Georg Restle</i>	
Schöne fremde Freiheit – Diskurs und Sprache in aversiven Zeiten	60
<i>Ines Geipel</i>	
Strategische Angriffe – gegen die Grenzverletzungen der radikalen Rechten . . .	70
<i>Hajo Funke</i>	

Keine Verharmlosung, kein Alarmismus – wie groß ist die Gefahr durch linke Gewalt?	88
Peter Imbusch	
Grenzverletzungen im Namen der Religion	98
Lamya Kaddor	
Die Schmerzgrenze – vom Umgang mit verfassungs- feindlichen Polizisten und Bundeswehrsoldaten	114
Dirk Laabs	
Wo der Rechtsstaat konsequenter gegen Hass und Demokratiefindlichkeit vorgehen muss	129
Ingke Goeckenjan	
Wie Hass und Hetze die Meinungsfreiheit bedrohen . . .	146
Karolin Schwarz	
Christdemokratische Konservative müssen ein Bollwerk gegen Rechtspopulisten sein	156
Paul Ziemiak	
»Ich will ein Leben lang auf dieser Barrikade steh'n« – wie politisch darf oder muss Kunst sein?	170
Sebastian Krumbiegel	
Gestalten wir! Für eine bessere politische Zukunft	181
Marina Weisband	
Demokratie lebt oder stirbt in der Praxis	192
Michael Kraske	
Die Autor*innen	206
Anmerkungen	210

Grenzen sichern – warum Demokratien wehrhaft sein müssen

von Eric Hattke

In der gesamten Geschichte meiner Familie, über die Jahrhunderte hinweg, bin ich der Erste, der in einer freien, friedlichen und demokratischen Gesellschaft aufwachsen durfte. Ein Umstand, den ich weithin als selbstverständlich hingenommen hatte. Lange war ich der sicheren Überzeugung, dass diese Gesellschaft, die für mich als Kind der Nachwende immer mehr zu ermöglichen schien, ewig Bestand haben würde. Doch politische Systeme können sich weiterentwickeln oder zerstört werden. 2014 trat in meiner Heimatstadt Dresden die rechtsextreme Pegida in Erscheinung, und Dinge, die ich bis dahin als selbstverständlich erachtet hatte – wie Anstand, gegenseitiger Respekt, die Achtung vor dem Leben und die Vielfalt unserer Gesellschaft – wurden infrage gestellt. Erst da, im Jahr 2014, wurde mir wirklich bewusst, dass eine Demokratie kein Selbstläufer ist. Seitdem hat sich das gesellschaftliche Klima in ganz Deutschland und darüber hinaus verändert.

Wie sichert ein politisches System sein Überleben? Vor allem eines, das so hohe Anforderungen an seine Bürger stellt wie das unsere? So altbekannt die Frage nach der richtigen Balance von Sicherheit, Stabilität und Freiheit sein mag, so un-

vermindert wichtig ist sie in Anbetracht heftiger werdender gesellschaftlicher Konflikte. Zentral erscheint mir dabei eine gefährliche Tendenz, die immer stärker im Diskurs zu bemerken ist:

Die Gleichsetzung von Demokratie mit Beliebigkeit und Freiheit mit Grenzenlosigkeit

Diese falsche Gleichsetzung war der Hauptanlass für die Idee dieses Buches. Sie birgt das Potenzial in sich, unsere demokratische Gesellschaft auf lange Sicht zu zerstören. Auf Grundlage dieser Gleichsetzung entstehen lautstark Meinungen, die behaupten, in einer Demokratie dürfe jeder alles, und wenn dem nicht so ist, dann sei dies ein sicheres Anzeichen für eine Diktatur.

Doch wer einen Blick in das Grundgesetz wirft, wird schnell feststellen, dass diese Behauptung falsch ist. Eine Gesellschaft benötigt Regeln und Grundwerte, die die Basis unseres Handelns bilden. Sie benötigt Grenzen dessen, was akzeptiert ist, sowie dessen, was nicht toleriert werden darf. Dies ist kein Kennzeichen einer Diktatur, sondern einer selbstbewussten wehrhaften Demokratie. Die Freiheiten, die wir genießen dürfen, sind nicht grenzenlos, und das sollten sie auch nicht sein. Denn das Zusammenleben vieler verschiedener Menschen braucht gegenseitige Rücksichtnahme und manchmal sogar die Begrenzung eigener Handlungsmöglichkeiten.

Das klingt banal, ist es aber nicht. Diese wichtige Grundlage unserer Gemeinschaft wird vor allem von den Kräften angegriffen, die Einheit mit Uniformität übersetzen. Ausgehend

von der Gleichsetzung von Demokratie mit Beliebigkeit werden gesellschaftliche Diskurse schon in ihrer Ausgangsposition verdreht und beschädigt, indem unter dem Deckmantel angeblicher demokratischer Gesinnung behauptet wird, in einer Debatte müsse sich jede Seite auf die andere zubewegen und einen Kompromiss finden. Diese Behauptung erzählt das Märchen von der Gleichwertigkeit aller Positionen. So als gäbe es keine festen Werte, an die es sich zu halten gäbe, und Demokratie sei damit beliebig. Als sei die Position, Menschen im Mittelmeer am besten ertrinken zu lassen, gleichwertig mit der Position, diese zu retten. Als sei eine unflätige verletzendende Bemerkung gleichwertig mit der Forderung, so etwas zu unterlassen. Als seien beide Positionen einfach nur die Seiten einer Medaille, und in einer Debatte ginge es darum, einen Kompromiss zwischen diesen beiden zu finden. Und wenn das Gegenüber nicht bereit ist, sich auf eine solche Diskussionsebene zu begeben, die den Grundwerten unseres Grundgesetzes widerspricht, dann wird behauptet, dieser sei kein Demokrat und würde seinerseits unsere demokratische Ordnung angreifen. Diese Verkehrung von Angreifer und Opfer erschwert oder verunmöglicht eine Debatte.

Was nötig ist, ist nicht der Verzicht auf einen Diskurs, auf das Aufeinanderzubewegen unterschiedlicher Ansichten, sondern die Verteidigung unsere demokratischen Grenzen in Wort und Tat, die sich aus unserem Grundgesetz und dem daraus erwachsenen moralischen Kompass speisen. Ein Kompromiss darf stets nur auf der Grundlage unserer demokratischen Werte geschlossen werden – nie dagegen.

Die Beschmutzertaktik

Die bisher erfolgreichste Strategie der Feinde unserer offenen Gesellschaft ist die Umkehr der Beschuldigung – die Beschmutzertaktik. Deren Mechanismus funktioniert immer gleich: Einer berechtigten Kritik wird vorgeworfen, einen Angriff gegen die Meinungsvielfalt oder auf das Recht der freien Meinungsäußerung darzustellen – also demokratiefeindlich zu sein. Durch diese Verdrehung wird aus einer Position, die demokratische Grundwerte schützen möchte, ein Angriff, der angeblich eben diese Werte verletzt. Aus dem aktiven Part wird ein passiver, der sich nun verteidigen muss.

Bei der Anwendung der Beschmutzertaktik werden zusätzlich häufig Reizwörter wie »Diktatur« oder »Nazikeule« verwendet, um den moralischen Druck auf die Gegenseite zu erhöhen. Bei allen berechtigten Hinweisen auf eine Versachlichung von politischen Debatten ohne Eskalationsdramatik – denn zweifelsohne gibt es auch schnellschussartige Übertreibungen einer überkritischen Erregungskultur – lohnt es sich, genau hinzuschauen, von wem die sogenannte »Nazikeule« instrumentalisiert wird. Um den Betroffenenstatus noch weiter zu zelebrieren, werden empört Interviews abgebrochen, oder es wird in Talkrunden demonstrativ aus dem Studio marschiert. Vor allem diejenigen, die am unanständigsten und bewusst provozieren, reagieren am empfindlichsten auf Kritik und wenden nur allzu gern die Beschmutzertaktik als Angriff nach vorn an.

Im Geiste dieser Taktik werden Abwehrmechanismen gegen rechtsextremes Gedankengut einer wehrhaften Demokratie, wie Präventionsarbeit und politische Bildung, in eine Bevor-

mung der Bevölkerung umgedichtet.¹ Eine perfide Taktik, die leider allzu oft in öffentlichen Debatten Erfolge erzielt. Sie verschiebt den Fokus des eigentlichen Diskursgegenstandes zugunsten derjenigen, die die Diskussion mit unanständigen und undemokratischen Argumenten vergiften.

Wie kann auf diese Beschmutzertaktik reagiert werden? Wichtig ist, den Trick zu entlarven und zu widersprechen. Das eigene Argument sollte dann wiederholt und eine gezielte Frage gestellt werden, die sich auf die eigene Aussage bezieht und den Gegenüber zwingt, darauf einzugehen. Da der Gegenüber immer wieder versuchen wird, die Diskussion auf einen Nebenkriegsschauplatz zu ziehen, darf die Ablenkung vom eigentlichen Thema nicht hingenommen werden. Sätze wie »Das war nicht mein Thema«, »Nicht meine Frage«, »Sie weichen aus« können dabei helfen.

Ein gutes Beispiel der versuchten Umkehr der Meinungsfreiheit durch die Beschmutzertaktik ist das Vorgehen des Magdeburger Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann: Er bezeichnete die Handlung des Bezahldienstes PayPal als perfide Auswüchse eines »sanften« Totalitarismus, die der pluralistischen Gesellschaft und der Meinungsfreiheit entgegenstünden. Grund dieser Attacke war, dass PayPal dem Verlag Jungeuropa die Nutzung seiner Dienste entzog.² Dieser verlegt unter anderem das Werk des Franzosen Robert Brasillach, der zur Zeit des Zweiten Weltkrieges als Chefredakteur der antisemitischen Zeitschrift »Je suis partout« schrieb: »Wir müssen uns die Juden ein für allemal vom Hals schaffen und dürfen auch keine Kinder behalten.«³ PayPal ließ sich durch diesen haltlosen Vorwurf nicht beirren und hielt an der Entscheidung fest – die Beschmutzertaktik lief ins Leere.

Es ist nicht undemokratisch, sich dazu zu entschließen,

nicht jede ziellose Diskussion bis zur Erschöpfung zu führen, wenn man feststellt, dass dem Gegenüber nicht an einer sachlichen Auseinandersetzung gelegen ist. Letzten Endes geht es darum, nicht einzuknicken und auf platte Diktatur-Parolen in der Art zu reagieren, dass die eigenen Werte zugunsten eines faulen Kompromisses aufgegeben werden. Das ist nämlich die Strategie, der Plan – die Beschmutzertaktik.

Der Druck auf die Mittelschicht

Die falsche Gleichsetzung von Demokratie mit Beliebigkeit und Freiheit mit Grenzenlosigkeit sowie die Verschiebung des Sagbaren durch die Beschmutzertaktik sind ideologische Waffen, mit denen die Feinde der offenen Gesellschaft agieren. Sozial-ökonomische Fehlentwicklungen spielen ihnen dabei in die Hände. Deutschland ist ein reiches Land, dessen Reichtum aber immer ungleicher verteilt wird. Diese Ungleichheit ist eines der drängendsten sozialen Probleme unserer Zeit. Unter besonderem Druck steht die Mittelschicht, die in Deutschland die größte gesellschaftliche Gruppe, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, ausmacht. Sie profitierte zu wenig von Wachstumszeiten der Wirtschaft. Während das Einkommen dieser Gruppe in den letzten Jahrzehnten kaum oder gar nicht wuchs, stiegen die Lebenshaltungskosten stetig. Die Überschuldung ist bei Haushalten mit mittlerem Einkommen höher als bei Haushalten mit niedrigem und hohem. Zudem ist die Befürchtung, in die untere Mittelschicht abzustiegen, größer als die Hoffnung auf einen Aufstieg in die obere Mittelschicht.⁴ Diese reale Angst vor dem sozialen Abstieg macht es populistischen Parteien leicht, mit vollmundigen Verspre-

chen und einfachen Feindbildern Wahlerfolge bei der größten Bevölkerungsgruppe Europas zu erzielen. Wenn demokratische Parteien auf diese schon seit Jahrzehnten andauernde Krise der Mittelschicht keine langfristigen Lösungen glaubhaft präsentieren und umsetzen, werden antidemokratische Parteien weiter in der Wählergunst steigen.

Zusätzlich zu den ökonomischen Herausforderungen gewinnt ein Thema immer mehr an Bedeutung: Einsamkeit. Über acht Millionen Menschen in Deutschland fühlen sich laut dem Institut für deutsche Wirtschaft oft oder immer einsam.⁵ Bemerkenswert ist, dass der Anteil der einsamer Gewordenen nicht bei den Älteren, sondern bei den Jüngeren am höchsten ist. Aufgrund der damit einhergehenden Gefahren für den Fortbestand der Demokratie wurde in Großbritannien 2018 sogar ein Ministerium für Einsamkeit gegründet.

Die Philosophin Hannah Arendt merkte bereits in den 50er-Jahren an: »Was moderne Menschen so leicht in die totalitären Bewegungen jagt und sie so gut vorbereitet für die totalitäre Herrschaft, ist die allenthalben zunehmende Verlassenheit.«⁶ Dieses Gefühl, auf sich allein gestellt zu sein und sich auf nichts wirklich verlassen zu können, wurde durch globale Krisen, hitzige gesellschaftliche Debatten, die zu sozialen Verwerfungen geführt haben, und den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, der den Mitbürger vor allem als Konkurrenten sieht, verstärkt. Die durch Globalisierungseffekte umfassenden Informationsmöglichkeiten und neue Vernetzungstechnologien immer komplexer werdenden modernen Gesellschaften führen zudem oft zu einer Überforderung des Einzelnen. Dies erzeugt den Wunsch nach Einfachheit, der Zurückweisung der Komplexität und dem Verlangen nach

»Normalität«. An diesem Punkt setzen antidemokratische Parteien an: Mit der Reduzierung komplexer Sachverhalte auf einfache Lösungen und dem Versprechen einer nationalen Einheit, in der kein Mensch mehr isoliert und einsam ist, weil er Teil einer uniformen Menge wird, besetzen sie jene Lücken, die demokratische und global vernetzte Gesellschaften zwangsläufig erzeugen. Nur zu gern benutzen die Feinde der Demokratie Globalisierungsherausforderungen, wie größere Migrationsbewegungen und Pandemien, für einen Generalangriff auf die offene Gesellschaft. Vor allem das oftmals zögerliche und mutlose Agieren einiger Landesregierungen in der Corona-Krise, aus Angst vor unpopulären, aber notwendigen Maßnahmen, hat sich als Schwachpunkt unserer Demokratie erwiesen, den deren Feinde mit Genugtuung auszunutzen suchten.

Die erforderlichen staatlichen Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen zur Bekämpfung der Pandemie verstärkten Vereinigungseffekte sowie Abstiegsängste und boten Extremisten eine weitere Möglichkeit, Teile der Mitte der Gesellschaft von demokratischen Regeln und Institutionen zu entfremden. Besonders deutlich wurde dies bei Demonstrationen der sogenannten Querdenker, als besorgniserregende Bündnisse zwischen der bürgerlichen Mittelschicht und extremistischen Verschwörungstheoretikern zutage traten.

Doch wie kann man diesem Einfallstor für antidemokratische Kräfte vorbeugen? Jeder Mensch hat die Möglichkeit, der privaten sowie gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der Einsamkeit durch ein offenes Miteinander und soziales Engagement beispielsweise in Vereinen oder Bürgerinitiativen entgegenzuwirken. Es ist aber auch die Aufgabe staatlicher

Institutionen und Parteien, den Zusammenhalt zu stärken und der Vereinsamung entgegenzuwirken, indem etwa das Freiwillige Soziale Jahr gestärkt oder gar verpflichtend eingeführt wird und soziale Berufe durch steuerliche Anreize sowie faire Bezahlung attraktiver gestaltet werden. Bei der Bearbeitung anstehender Konflikte ist vor allem politisches Rückgrat gefordert, welches notwendige, aber unpopuläre Entscheidungen nicht zugunsten von Sonntagsreden opfert und demokratische Werte verteidigt.

Demokratie gibt es nicht für umsonst

Diese Verteidigung von Mitgefühl, Frieden und der Würde jedes einzelnen Menschen und Frieden ist kein linkes Idealistentum (neudeutsch Gutmenschentum), wie oft von Gegnern dieser Werte behauptet, sondern unsere bürgerliche Pflicht qua Grundgesetz als Teil dieser Gesellschaft. Zunehmend wird versucht, den Eindruck zu erzeugen, dass die Verteidigung der Demokratie automatisch ein »linkes« Projekt wäre. Mit dieser Lüge versuchen die Feinde der offenen Gesellschaft die Gemeinschaft der Demokraten zu spalten, indem sie die bürgerliche Mitte dazu bewegen wollen, sich nicht in Debatten zugunsten demokratischer Werte einzumischen, weil der Beteiligte dann automatisch als links gelte. Wie wichtig und gesellschaftsverändernd aber das Handeln engagierter Bürger ist, zeigte sich unter anderem seit der Fluchtbewegung 2015. Viele Menschen leisten seitdem konkrete Hilfe durch ehrenamtliche Arbeit wie Deutschunterricht, Vormundschaften oder auch Spenden. Sie positionieren sich öffentlich, genau wie alle demokratischen Parteien von DIE LINKEN bis zur

CDU, gegen menschenfeindliches Gedankengut und deren Handlanger. Ohne den Einsatz so vieler wären die Herausforderungen dieser Zeit nicht lösbar gewesen. 2014, ausgelöst durch die beginnenden Demonstrationen der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Organisation Pegida, war für viele Menschen, auch für mich, ein politisches Aktivierungserlebnis, das deutlich machte, wie wichtig der persönliche Einsatz für unsere Grundwerte ist.

Zur Lüge vom ausschließlich linken Demokratieeinsatz kommt die Verächtlichmachung von allem, was als politisch gilt. Dabei wird politisch mit parteipolitisch gleichgesetzt und zum Kampfbegriff erklärt, indem ausgeführt wird, wie korrupt Politiker seien, dass staatlichen Institutionen nicht vertraut werden dürfe, wie undurchsichtig politische Entscheidungen zustande kämen und wie wenig das parlamentarische Handeln sich angeblich noch an dem Wohl der Bevölkerung ausrichte. Das hat leider bei nicht wenigen Menschen Erfolg. »Unpolitisch« sein ist schick geworden. Sich nicht einmischen, nicht positionieren, nicht mit der Politik, »mit denen da oben«, gemein machen. Auch bei einigen europäischen Institutionen, die eigentlich demokratische Werte verteidigen sollten, ist dieser Trend zu bemerken: So wollte die Stadt München zur EM 2021 das Fußballstadion in Regenbogenfarben erstrahlen lassen, um damit ein Zeichen gegen die homosexuellenfeindlichen Beschlüsse des ungarischen Parlaments zu setzen. Die Union der Europäischen Fußballverbände UEFA, als Ausrichter der Europameisterschaft, verbot die Regenbogenbeleuchtung jedoch und berief sich dabei auf ihre politische Neutralität. Bedenklich dabei ist, dass es ein internationaler europäischer Verband nicht als Teil seiner

Aufgabe betrachtet, politisch für grundlegende Demokratie-
werte einzutreten. Ihr irriges Verständnis von »politisch sein«
verdeutlichte die UEFA in ihrem dazugehörigen Statement,
indem sie behauptete, ein politisches Symbol könne kein
Zeichen für ein starkes Engagement für eine vielfältigere und
inklusive Gesellschaft darstellen.⁷

Natürlich muss nicht jeder Mensch in eine Partei eintreten,
nicht jeder muss alle politischen Diskussionen im Detail ver-
folgen und sich zu jedem Thema eine faktengeprüfte Mei-
nung erarbeiten. Aber wir leben in einem anspruchsvollen
politischen System, das für seine Existenz voraussetzt, dass
seine Bürger vernünftige und auf Fakten basierende Entschei-
dungen treffen. Und das bedeutet auch, dass sie sich selbst-
ständig zu wichtigen gesellschaftlichen Debatten informieren
und als Maßstab für die eigene Meinungsbildung die Werte
unseres Grundgesetzes anlegen, die es auch zu verteidigen
gilt. Auch internationale Verbände sind von dieser Pflicht
keinesfalls entbunden. Die falschen Behauptungen, dass De-
mokratieeinsatz automatisch etwas Linkes sei und dass es gut
ist, »unpolitisch« zu sein, sollen unsere Gesellschaft lähmen.

Es ist die gewiefte Doppelstrategie der Feinde der Demo-
kratie, die eigenen radikalen Anhänger zu motivieren, aktiv
gegen unsere offene Gesellschaft zu rebellieren, während der
Rest der Bevölkerung mit Argumenten und Behauptungen
eingelullt wird, um die so erzeugte Untätigkeit zum eigenen
Vorteil nutzen zu können. Dem müssen wir als Bürger mit
anständigem und beharrlichem Einsatz für unsere demo-
kratischen Grundwerte begegnen.

Dafür steht dieses Buch. Verschiedene Autoren analysieren
und positionieren sich zu gesellschaftsrelevanten Themen,

geben Handlungsanweisungen und Ausblicke auf mögliche Lösungen. Der Wert dieser Sammlung besteht in der hohen Expertise und der großen Meinungsvielfalt, die dem Lesenden präsentiert werden. Die Positionen der Autoren stehen gleichberechtigt nebeneinander, ohne sich die des anderen zu eigen machen zu müssen. Dieses Buch soll dazu beitragen, demokratische Grenzen anzuerkennen, einzufordern und zu leben.

Begeisterung für unsere Demokratie

Für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft sollten wir nicht unentwegt die schwierigen und zähen Prozesse der notwendigen Kompromissuche in das Zentrum der Betrachtung stellen. Ja, Demokratie strengt an, weil die Kompromissuche nie endet, ja nie enden darf. Während autoritäre Gesinnungen mit verlockenden Heilsversprechen eines Endes aller Diskussionen werben, kann die Demokratie nur versprechen, Kompromisse weiter auszuhandeln. Das ist mühsam, aber auch großartig. Weil es eben nicht zu Stillstand und Uniformität verurteilt, sondern Freiheitspotenziale schafft. Die wunderbaren Möglichkeiten, unser Leben auf die verschiedensten Arten zu gestalten, verdanken wir der Demokratie, in der wir leben. Und diesen ungeheuren Reichtum, nach dem sich ein so großer Teil der Weltbevölkerung sehnt, sollten wir uns immer wieder bewusst machen. Ein politisches System muss sich seiner selbst vergewissern, indem es sich und seine Ideale feiert. Wir brauchen dazu vor allem eine Weiterentwicklung unserer deutschen Erinnerungs- und Gedenkkultur, die einerseits nicht vergisst, an negative Ereignisse und deren

Zustandekommen zu erinnern sowie zu mahnen, und gleichzeitig neue, in die Zukunft gerichtete Veranstaltungen, die uns unseren Reichtum und unser Glück, in einer offenen und vielfältigen Gesellschaft selbstbestimmt leben zu können, bewusst machen.

Die Freude an der Vielfalt

Einer unserer Reichtümer ist die Vielfalt, also das Vorhandensein von unterschiedlichen Menschen und Lebensentwürfen. Sie besteht innerhalb von Gesellschaften, aber auch im Zusammenleben mit anderen Nationen. Obwohl sie uns ermöglicht, neue Perspektiven und Einsichten zu erleben, ist sie natürlich keineswegs einfach. Unterschiedlichkeiten bergen immer mögliche Konflikte in sich, die friedlich ausgehandelt werden müssen. Wenn wir es schaffen, das Positive unserer demokratischen Lebensweise, den Zusammenhalt, die Vielfalt, die Mitmenschlichkeit, in Debatten und Veranstaltungen in den Vordergrund zu rücken, werden sich mehr und mehr Menschen für dessen Fortbestand einsetzen. Das können hochintellektuelle Veranstaltungen sein bis hin zu populären Festivitäten, wie der Eurovision Song Contest (ESC). Ja, der ESC mag in Teilen ziemlich schräg und manchmal »etwas drüber«⁸ sein. Doch wir leben in einer Zeit aufstrebender nationalgesinnter Kräfte, die Grundwerte wie Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz verletzen, Abschottung predigen und die vermeintliche eigene Überlegenheit über andere Nationalitäten und Kulturen wieder in den Mittelpunkt der europäischen Politik zu rücken versuchen. Ein Popkonzert von Vertretern unterschiedlicher Länder, die gleichberechtigt

und freundschaftlich miteinander umgehen, ist daher ein wichtiges Fest, auf dem die Vielfalt in ganz Europa gefeiert werden kann. Die versuchten Interventionen bestimmter Länder gegen die Auftritte einzelner Künstlergruppen zeigen den nicht zu unterschätzenden Symbolcharakter, der dem ESC beigemessen wird. Dabei darf die berechtigte Kritik an Ländern, die trotz Demokratieverstößen am Wettbewerb teilnehmen dürfen, natürlich nicht vergessen werden. Was mich persönlich am meisten am ESC bewegt, ist das Fahnenmeer der unterschiedlichen Länderflaggen – die nicht nur wehen, wenn die Vertretung des eigenen Landes singt, sondern auch dann jubelnd hervorgeholt werden, wenn die Gruppen der anderen Länder ihre Musik zum Besten geben. Das kann als sentimentale Oberflächlichkeit abgetan oder aber als Zeichen des friedlichen Zusammenhalts unterschiedlicher Nationen wertgeschätzt werden. Ein solches Gefühl der Gleichwertigkeit trotz aller Unterschiede scheint mir grundlegend wichtig für eine gemeinsame friedliche Zukunft zu sein. Die hohe Zuschauerquote, allein in Deutschland, macht zudem die Attraktivität eines solchen Festes deutlich: Laut der Europäischen Rundfunkunion (EBU) kam 2021 zum 11. Mal in Folge mit rund 7,7 Millionen Zuschauern das größte Publikum aus Deutschland. Insgesamt verfolgten 183 Millionen Zuschauer den ESC. Besonders beliebt ist das Event bei Fernsehzuschauern im Alter von 15 bis 24 Jahren, bei denen über die Hälfte den ESC verfolgten. Und so verrückt die Auftritte zuweilen auch sind, ist es schön zu sehen, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der so etwas überhaupt möglich ist.

Gemeinsame Zukunft

Jeder Mensch, der sich zu den Werten unserer Verfassung bekennt, kann sich auf seinen individuellen Weg zur Suche nach seinem persönlichen Glück begeben. Das ist das Maß der Offenheit und Vielfalt unserer Gesellschaft. Selbstverständlich kommt es in dieser Vielfalt zu Konflikten. Diese bedürfen einer Lösung, und diese ist meist ein Kompromiss auf der Basis unseres Grundgesetzes. Dafür braucht es Streit im positiven Sinne, und dieser beginnt mit der Sprache. Insofern gilt es sich abzugrenzen von jenen, die bereits in der Sprache beginnen, sich von unseren Grundwerten zu verabschieden. Gleichwohl muss dieser Streit die oben beschriebene Vielfalt respektieren, solange diese den Boden unserer Grundwerte nicht verlässt. Was letztlich nichts anderes bedeutet, als dass das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Meinungen als das Normale und Notwendige für unsere Gesellschaft aufgefasst werden muss.

Wenn wir uns auf diese Weise verständigen und zusammenarbeiten, wird sich unsere offene Gesellschaft ihrer Feinde erwehren. Unser friedliches und vielfältiges Zusammenleben voller Möglichkeiten birgt einen so enormen Reichtum in sich, dessen Attraktivität stärker ist als nationalistische Uniformitätsverlockungen, die unsere komplexe Welt als etwas Schlechtes darstellen – etwas, das es eigentlich nicht geben sollte.

Dieses Versprechen des Fortbestandes unserer offenen mitmenschlichen Gesellschaft, die friedlich in Vielfalt zusammenlebt und in der das Leben jedes einzelnen Menschen zählt, kann nur von uns gemeinsam eingelöst werden. Packen wir es also an!

Demokratie – eine gefährdete Errungenschaft?

von Karl-Siegbert Rehberg

Die liberale Demokratie als »Siegerin der Geschichte« oder als Opfer eines neuen Autoritarismus?

Durch die Auflösung der Sowjetunion zerbrach eine Weltordnung, die Alexis de Tocqueville prophetisch vorausgesehen hatte, als er 1835 schrieb: »nach einem geheimen Plan göttlicher Bestimmung seien [Amerika und Russland] berufen, die Geschicke einer Hälfte der Welt in den Händen« zu halten.¹ Der konservative Politikwissenschaftler Francis Fukuyama schloss daraus, dass nun die liberale Demokratie unwiderlegbar geworden sei und sich langfristig überall durchsetzen werde.²

Eine andere Prognose, welche Folgen die Auflösung der Sowjetunion haben würde, scheint im Verlauf der letzten 30 Jahre wahrscheinlicher geworden zu sein, nämlich Samuel Huntingtons »Clash of Civilization«.³ Letzterer ging davon aus, dass während der Bipolarität der Welt Konflikte innerhalb der beiden größten Machtblöcke erfolgreich unterdrückt wurden und nun alte gesellschaftliche Bruchlinien neu ans Tageslicht treten würden. Man denke an den Krieg im ehemaligen Jugoslawien oder die Ausbreitung des Islamismus mit